Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

108. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unsern Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: In den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 497.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. • Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.00 M., Familien- u. Kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 30 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr: Gesamtauf. 5 M f. das Tausend ausschl. Postgebühr. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Fliegel, Berlin W. 10, Margarethenstraße 5. Fernsprech-Anschluß: Lützow 6971.

Nr. 34. Dienstag, den 20. Januar. 1914.

Das Wichtigste.

* Die Zweite Kammer nahm am Montag den Gesetzentwurf über die Zwangsvollstreckung gegen den Fiskus an und beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf über die Befreiung der Lehrer und Lehrerinnen von der Krankenversicherung. (Siehe Ber.)

* Der Reichstag setzte am Montag die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fort. (Siehe Art. u. Ber.)

* In der Berufungsverhandlung des ersten Krupp-Prozesses wurde am Montag u. a. Bureauvorsteher Brandt als Zeuge vernommen. (S. Bericht.)

* Enver Pascha hat den Großkordon des Medschidije-Ordens erhalten.

* Das Zugpersonal in Pretoria hat am Montagmorgen den neuen Arbeitsvertrag unterzeichnet. Die Angestellten haben bereits die Arbeit wieder aufgenommen.

Die erste Leistung des Preußenbundes

⊙ **Berlin**, 19. Januar.

Im Sommer werden es, wenn wir nicht irren, zwei Jahre, daß von Hannover aus in einer schwülstig verstiegenen Sprache zur Gründung eines neuen Preußenbundes aufgerufen wurde. Bald hernach erfuhr man auch, daß inzwischen die Gründung vollzogen sei, aber wer hinter der überflüssigen Organisation steckte — überflüssig, weil das reichliche Erstgeburtsrecht Preußens bisher nie ernstlich im Reich gekürzt ward —, wer sie führte und was sie im einzelnen erstrebte, erfuhr man nicht. Nur von Zeit zu Zeit las man hier und da in agrarischen und konservativen Organen von den stolzen, hehren, zeitgemäßen Aufgaben des Preußenbundes. Wer näher zusah, fand freilich bloß ein Bündel Phrasen, das unter der Hand in Atome zerstob, sobald man in ihm nach festen Begriffen suchte. Einiges davon berührte den Kenner von Land und Leuten sogar schlechthin lächerlich. So, wenn immer von neuem versichert wurde, der Preußenbund sei geschaffen worden, um dieser entgötterten Welt den deutschen Idealismus wieder zu schenken. Anderes kam der Wahrheit näher; war dafür allerdings von verblüffender Nüchternheit: so die Ankündigung, daß man einander die Hand zum Bunde reiche, um das „alte Preußen", soll heißen, das geltende Wahlrecht, zu erhalten. Immerhin blieb ein Rest von Spannung übrig für den Moment, wo der Bund die letzten Schleier von sich werfen und in seiner nackten Männerschönheit sich der Oeffentlichkeit zeigen würde.

Dieser stolze Moment ist gestern gewesen — am Preußentag, wo vor 213 Jahren Friedrich I., den man nicht gerade zu den hervorragendsten Herrschergestalten des Hohenzollernhauses rechnen dürfen wird, den brandenburgischen Kurhut mit der Königskrone „in" Preußen vertauschte — und wir müssen schon sagen: wir sind entsetzt gewesen über das Maß von politischem Unverstand und historischer Einsichtslosigkeit, von Mangel an Takt und jeglichem deutschen Gemeinsamkeitsempfinden, das sich da 43 Jahre nach der Schaffung des Reiches, das den besten Deutschen die Erfüllung jahrzehntelanger schmerzlicher Sehnsüchte bedeutete, ohne zu erröten, dreist und unverfroren ans Licht gewagt hat. Nun wissen wir's: der Bund der Landwirte hat einen ebenbürtigen Gegenspieler bekommen. Auch der Preußenbund wird Versammlungen veranstalten, in denen an die neudeutsche Oberflächlichkeit, an diese wahrhaft peinliche Gedankenlosigkeit in staatlichen Dingen appelliert wird, wo man sich kraftmeierisch überhebt und Taten getan zu haben glaubt, wenn man für platte Zügellosigkeiten sich den Beifall der ewig Unmündigen errang. Immerhin sind derlei Redeübungen beim Bund der Landwirte noch verhältnismäßig harmlos. Wennschon Herr Dr. Oertel uns auch mitunter über die sogenannte „Weltanschauung" des Bundes sagt und singt: es handelt sich im Grunde doch immer nur um den nervus rerum, um wirtschaftliche Vorzugsrationen, um ein Mehr oder Minder an Zöllen oder steuerlichen Gerechtsamen! Was gestern, zum Teil von Leuten im Generalsrock und von Pastoren, sonder Scheu verübt wurde, bedeutet mehr. Das geht auf das Zentrum des deutschen Lebens und ist der kecke Versuch, weil sie selber keine Freude an seiner Existenz haben, uns anderen die Freude am Reich und die Hingabe an es zu vergällen. Es ist charakteristisch (und es zeugt immerhin von einiger Selbsterkenntnis), daß ein Referat über die Welfenfrage, das die Reihe der gestrigen Vorträge abschließen sollte, im letzten Moment von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Mit welchem Recht hätten diese Herrschaften auch über die Welfen zu Gericht sitzen wollen, die in ihrem schnurrigen Rechtsfanatismus das Bestehen des Reichs selber doch niemals anzutasten gewagt hatten! Leider war dieser Anflug von Bescheidenheit und Selbsterkenntnis so ziemlich das einzig Erfreuliche, was von der gestrigen Veranstaltung zu verzeichnen bleibt. Zwar die Eingangsrede des hannoverschen Handelskammersyndikus Rocke mochte noch hingehen. Sie war erheblich phrasenhaft und suchtete mehr, als die Akustik dieser Versammlung vertrug, mit dem Begriff des Idealen; aber sie war bei all dem noch verhältnismäßig zahm und manierlich. Das macht vielleicht, daß Herr Dr. Rocke, der ehedem — freilich vergeblich — als Nationalliberaler um ein Reichstagsmandat zu werben liebte, unter diesen preußisch-konservativen Männern noch ein Neuling ist. Auch Herr Dr. von Heydebrand und der Lase vermied es mit Bedacht, sich irgendwie zu kompromittieren. Dann aber begann der Aschenregen. Und nicht das war das Schlimmste, daß eine leibhaftige Exzellenz den Kehricht aus der Gosse aufhob, um damit diesen Reichstag der größten Militärvorlage zu bewerfen. Auch nicht, daß im tobenden Tumult der Vorschlag, den Kanzler anzutelegraphieren, erstarb. Das war vielmehr, daß hier immer wieder von erwachsenen Leuten, von Männern mit grauem Haar, übererheblich teils und teils verächtlich, von den anderen deutschen Staaten, insonderheit vom deutschen Süden geredet wurde, der in seiner Schlappheit noch dereinst das starke Preußen um Rettung anbetteln würde; daß ein Mann, der sich als Generalmajor vorstellen ließ, sich erkühnen durfte, den bayerischen Truppen — jetzt nach 43 Jahren — den Vorwurf der Feigheit vor dem Feind zu machen.

Es hat keinen Sinn, diesen Herrschaften, denen offenbar jede historisch-politische Bildung fehlt, auseinandersetzen zu wollen, wie das Reich keineswegs allein durch Preußens schneidiges Schwert erwuchs; wie die Kräfte, die hinterher zur Einheit führten, ebensogut auch im deutschen Süden ausgebildet wurden, wie überhaupt in der Beziehung — etwa zwischen 1830 und 1870 — ein stetiges Geben und Nehmen zwischen den verschiedenen deutschen Stämmen stattgefunden hat. Nur an die, wir hoffen: mit einigem Verantwortungsgefühl beschwerten, Männer, die die konservative Partei führen, möchten wir die Frage richten, ob es ihnen nicht am Ende an der Zeit scheint, die Bewegung, die sie schließlich selber schufen oder schaffen halfen, zurückzupfeifen. Der Weg, den, wie ihre gestrige Première erwies, die Preußenbündler zu gehen willens sind, führt ins deutsche Elend. Denn darüber sind die Denkenden unter den konservativen Führern sich doch wohl klar: ein auf sich allein gestelltes Preußen, dem der Hintergrund des Reiches fehlte, wäre in der heutigen Epoche der Weltreiche und der Zusammenballung ganzer Erdteile zur Ohnmacht verdammt.

* * *

Wir haben schon in der gestrigen Abendnummer die scharfe Abweisung, die die „Bayerische Staatsztg.", das Organ der bayrischen Regierung, den Auslassungen des preußischen Generalleutnants v. Kracht über das Verhalten der Bayern bei Orleans zuteil werden ließ, mitgeteilt. Aus München wird uns weiter drahtlich berichtet:

Alle bisher vorliegenden bayerischen Montagszeitungen verurteilen in schärfster Form die Kundgebung des Preußentages. Die „Bayrische Zeitung" und die „Münchner Zeitung" bezeichnen die dort gehaltenen Reden als unerhörte Herausforderung Süddeutschlands und seiner Heeresteile.

An dieser ganz erklärlichen Wirkung wird auch der von der „Kreuzztg." unternommene Glättungsversuch wenig ändern. Sie meint, Generalleutnant v. Kracht habe nur an die Tatsache erinnert, daß die Bayern bei Orleans vor der französischen Uebermacht zurückgehen mußten und dann für die preußische Hilfe dankbar waren. Bezüglich der Entgegnung der „Bayrischen Staatszeitung" sagt die „Kreuzzeitung": „Es lag Generalleutnant von Kracht durchaus fern, das Verhalten der preußischen gegen das der bayrischen Truppen auszuspielen. Man wird zweifellos ebenso gern wie alle unterrichteten preußischen Offiziere anerkennen, daß die bayrischen Truppen nicht bloß bei Orleans sich heldenmütig geschlagen haben, und daß sie den preußischen an Opferfreudigkeit und Todesbereitschaft nicht nachgestanden haben." — Wir meinen: Man hätte sich auf dem Preußentag in Berlin überlegen sollen, was man sprach. Das fehlt jetzt gerade noch, daß solche Streitigkeiten angerührt werden.

Die Berufungsverhandlung im ersten Krupp-Prozeß.

Berlin, 19. Januar.

In der heutigen Verhandlung wird zunächst ein aus Mentone eingegangenes Telegramm des Herrn von Metzen verlesen, in dem dieser mitteilt, daß er in Mentone zur Kur weile und deshalb als Zeuge nicht erscheinen könne. Der Gerichtshof behält sich die Beschlußfassung vor.

Sodann erscheint als Zeuge der

Bureauvorsteher Brandt.

Der Zeuge, der sich augenblicklich in einem Sanatorium befindet, macht den Eindruck eines kranken Mannes. Er bekundet, er sei infolge seiner Verhaftung ungemein niedergeschlagen gewesen und habe bedeutend mehr zu Protokoll gegeben, als den Tatsachen entsprach. Uebrigens habe auch sein Gedächtnis gelitten infolge eines Unfalles. Er könne nicht mit Bestimmtheit sagen, ob ihm der Angeklagte Pfeiffer Mitteilungen gemacht habe. Er, Brandt, könne dieselben auch aus dem Kriegsministerium oder anderswoher erhalten haben. Er habe den Angeklagten mit Ausnahme Hoges kleine Geldzuwendungen gemacht.

Der Verteidiger Justizrat **Barnau** weist darauf hin, daß Pfeiffer Brandt sehr leicht hätte den Etat des Kriegsministeriums oder einen Auszug vorweg liefern können, und damit doch nicht erst zu warten brauchte, bis der Etat dem Reichstage zuging.

Zeuge **Brandt** gibt dies zu und bemerkt weiter, er erinnere sich überhaupt nicht, von Pfeiffer irgendwelche Mitteilungen erhalten zu haben. Er sei mit ihm eng befreundet gewesen und habe ihm auch nur zu Weihnachten Geschenke gemacht oder einmal die Zeche oder ein billiges Theaterbillett bezahlt. Brandt erklärt ferner, daß er Pfeiffer, wenn dieser es gewünscht hätte, gern Darlehen bis zu 1000 ℳ gegeben hätte, da Pfeiffer oftmals Darlehen von Kassen aufnehmen mußte. Weiter erklärt der Zeuge, er habe gegen seine Verurteilung keine Revision eingelegt, weil Direktor Eccius und auch die Firma Krupp es nicht wünschten und die Strafe bereits verbüßt war. Auf eine weitere Frage bemerkt Zeuge, er könne nicht angeben, welche anderen Beamten des Kriegsministeriums ihm Mitteilungen gemacht hätten.

Im weiteren Verlaufe bekundet Landrichter Dr. **Wetzel**, er habe bei der Vernehmung Brandts als Untersuchungsrichter nicht den Eindruck gehabt, daß Brandt geistes- oder gedächtnisschwach war, im Gegenteil, daß er die reine Wahrheit sage.

Weiter bekundet als Zeugin die Friseurin **Wiczorek**, die mit dem Angeklagten Schleuder längere Zeit ein intimes Verhältnis unterhielt, sie habe von Schleuder erfahren, daß er älteren Herren oft aus seinem Bureau Mitteilungen mache, wofür er sehr gut entschädigt würde. Sie habe Schleuder auf die Gefährlichkeit dieses Unternehmens aufmerksam gemacht. Aus einem Briefe der Zeugin an Schleuder geht hervor, daß die Zeugin später Schleuder Vorwürfe machte, sie könnte so manches gegen Schleuder aussagen, dann würde er hoch bestraft werden und es gäbe einen Weltskandal. Die Zeugin gibt zu, sich bei einem Rechtsbureau Rat geholt zu haben.

Der Vertreter der Anklage erklärt, auf das Zeugnis des Herrn von Metzen verzichten zu wollen, während der Verteidiger darauf nicht verzichten will. Sodann tritt eine kleine Pause ein.

In der Nachmittagssitzung wurde eine Anzahl Zeugen vernommen, die über die Kornwalzer und den Verkehr der Beamten im Kriegsministerium Auskunft geben sollen. Wiederholt wird vorübergehend die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. In öffentlicher Sitzung bekundet

Major Wurtzbacher vom Kriegsministerium,

daß Brandt ein ganz vorzüglicher und sehr intelligenter Beamter war, dem er etwas Unehrenhaftes niemals zutraute. Der Etat des Kriegsministeriums, der an Brandt gegangen sein soll, war 13 Seiten lang. Der Etat lag in seinem Bureau. Da er bei längerem Weggehen dieses stets verschloß, meinte er, daß Brandt gar nicht in der Lage gewesen sei, aus dem Aktenstück Notizen zu machen.

Des weiteren bekundet

Dr. Metzner,

er habe als Vertreter des Untersuchungsrichters Brandt mehrmals vernommen. Auch auf ihn habe Brandt nicht den Eindruck eines geistes- oder gedächtnisschwachen Mannes gemacht.

Hierauf wird die Weiterverhandlung auf Dienstag vormittag 10 Uhr vertagt.

Politische Uebersicht

Zaberner Nachklänge.

⊙ In führenden Reichstagskreisen nimmt man an, daß die Interpellationen über Zabern im Reichstage erst nach dem Geburtstage des Kaisers, also frühestens am kommenden Mittwoch, werden verhandelt werden. Das ist eine durchaus gebotene Vorsicht, aber sie beleuchtet doch scheinwerferartig die derzeitige mit Elektrizität überladene Lage.

In der reichsländischen Ersten Kammer

begründete Dr. Curtius folgende Interpellation:

„Was gedenkt der Statthalter zu tun, um dem Lande die Sicherheit zu verschaffen, daß die Inhaber der militärischen Kommandogewalt in Elsaß-Lothringen sich in Zukunft innerhalb der gesetzlichen Schranken und Befugnisse halten?"

Der Interpellant Dr. Curtius führte aus, der preußische Staatsgedanke sei nicht identisch mit Säbelherrschaft. Er betrachte die ganze Kette der Ereignisse als Einheit, aus der sich das Bestreben der Militärverwaltung schließen lasse, der Politik in Elsaß-Lothringen eine andere Wendung zu geben. Im Interesse der Ruhe und Ordnung habe man es für selbstverständlich gehalten, daß der Leutnant von Forstner aus Zabern entfernt wurde. Das Uebelwollen und Mißtrauen gegen die Bevölkerung in weiten Kreisen des Reiches komme daher, daß man die Bevölkerung und die Politik der Regierung nicht verstehe. Nirgends im Lande sei eine feindselige Gesinnung gegen die Armee vorhanden. Der französische Einschlag in der Kultur Elsaß-Lothringens lasse sich nicht wie ein Strich auf der Schiefertafel verwischen. Das demokratische Elsaß-Lothringen werde niemals den Beifall des preußischen Herrenhauses finden. Während viele Leute ihre Mission darin erblickten, zwischen beiden Völkern zu vermitteln, führe ein Teil der Offiziere bei jeder Gelegenheit das Wort von einem nahen Kriege mit Frankreich im Munde. Die Landespolitik werde durch die nationale Aufgabe und den Charakter der Bevölkerung bestimmt.

Hierauf gab Staatssekretär Frhr. Zorn von Bulach folgende Erklärung ab:

„Die Regierung hat in der Zweiten Kammer ihren Standpunkt klar gekennzeichnet. Inzwischen sind die Kriegsgerichtsurteile rechtskräftig geworden. Inzwischen hat auch die Reichsregierung zur Frage Zabern Stellung genommen, und zwar in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 15. Januar." Der Minister verliest diese Kundgebung und erklärt: „Die Regierung ist der Ansicht, daß durch eine Nachprüfung der Dienstvorschrift von 1899, worin Teile der Kabinettsorder betr. den Waffengebrauch des Militärs, verwertet sind, eine vollständige und klare Rechtslage geschaffen wird."

Aus der Mitte des Hauses wurde folgende Resolution eingebracht:

„Die Erste Kammer beklagt aufs tiefste die Vorkommnisse in Zabern, die geeignet sind, ein völlig falsches Bild der elsaß-lothringischen Bevölkerung und ganz besonders des Verhältnisses zwischen Militär und Landesbevölkerung hervorzurufen. Ohne irgendwie die in Zabern von Zivilpersonen begangenen Ausschreitungen und das die Aufregung der Bevölkerung nährende Verhalten einzelner Preßorgan zu entschuldigen, ist sie der Ansicht, daß die bedauerlichen Vorgänge vermieden worden wären, wenn das unwürdige, die Bevölkerung verletzende und herausfordernde Benehmen eines jungen Offiziers seitens der Vorgesetzten sofort entsprechende Remedur erhalten hätte und letztere bekannt gegeben worden wäre. Sie ist ferner der Ansicht, daß der militärische Befehlshaber, auch wenn er sich zum selbständigen Eingreifen befugt erachtete, jedenfalls bei der in einer maßlosen, das rechtliche Empfinden verletzenden Weise erfolgten Ausführung sich schwere Ueberschreitungen seiner Befugnisse hat zuschulden kommen lassen. Sie ist endlich der Ansicht, daß gegen die Wiederholung solcher Vorgänge eine sichere Garantie gegeben werden muß, insbesondere auch dafür, daß die in Elsaß-Lothringen zu Recht bestehende Gesetzgebung von den in Elsaß-Lothringen garnisonierenden Militärbehörden genau beachtet wird. Die Kammer ersucht die Regierung, an maßgebender Stelle Entscheidung in diesem Sinne herbeizuführen."

Die Resolution trägt die Unterschriften von 18 Abgeordneten, darunter die Namen Dr. Back, Dr. Curtius, Dr. Schwander, Dr. Vonderscheer, Frhr. Dr. Zorn von Bulach.

Abg. Bian stimmt der Resolution zu.

Professor Laband machte längere juristische Ausführungen, um nachzuweisen, daß die Kabinettsorder von 1820 durchaus nicht gegen das Gesetz verstoße und völlig klar sei. Eine andere Frage wäre, ob Oberst von Reuter die Kabinettsorder richtig und mit Umsicht angewendet habe. Redner fügte hinzu: Sie mögen bestimmen, was Sie wollen, es läßt sich nicht vermeiden, daß Instruktionen und Gesetze falsch und schlecht angewendet werden. Dies liegt in der menschlichen Schwäche; es ist aber nicht die Aufgabe des Parlaments, dies zu untersuchen.

General von Moßner nahm das Militär in Schutz und sagte, daß die Verfehlung eines 22jährigen Leutnants einen Volksstamm nicht beleidigen könnte. Die Angriffe gegen die Militärrichter müßten entschieden zurückgewiesen werden.

Bürgermeister Dr. Schwander führte aus, es müßten Bedenken erhoben werden gegen die Ausführungen des Professors Laband. Es wäre gewiß das Recht des Parlaments, in klarer Aussprache die geheimen Verdächtigungen, wie man sie in alldeutschen Blättern finden könnte, zurückzuweisen. Nicht nur in der alldeutschen, sondern auch in der altdeutschen Presse wären ganz falsche Anschauungen über das Verhalten des Militärs in Elsaß-Lothringen verbreitet worden. Leutnant von Forstner habe das elsaß-lothringische Volk beleidigt. Ein Offizier müsse sich des Königs Rock würdig erweisen und solle sich danach benehmen. Wie das Wort „Wackes in der Kaserne gebraucht worden wäre, das sei eine bewußte und gewollte Beleidigung der Elsaß-Lothringer gewesen. Daß das Volk sich dagegen aufgebäumt habe, habe einen tieferen Grund. Denn, was in Zabern geschehen sei, könne auch anderswo passieren. Was er bedauern müsse, sei, daß die oberen Kommandobehörden es nicht für notwendig gehalten hätten, der elsaß-lothringischen Bevölkerung Genugtuung zu geben. Wäre dies rechtzeitig geschehen, so hätte der Fall Zabern nicht diese Folgen gehabt. Am 28. November wäre gar kein Anlaß gegeben gewesen zum Einschreiten des Militärs. Oberst von Reuter hätte mit der Zivilverwaltung mehr Kontakt halten sollen. Es sei unglaublich, daß ein Offizier allein maßgebend sein soll, ob die bewaffnete Macht einzuschreiten habe.

General von Arnim wandte sich gegen die Resolution.

Abg. Ungemach trat dafür ein, ebenso Graf Andlaw und Abg. Blumenthal.

Zum Schluß ergriff nochmals der Staats-